

Pressemitteilung des Seniorenbeirats der Stadt Augsburg



27. März 2019

„Grundrente soll Gang zum Sozialamt vermeiden“

**Seniorenbeirat – Sondersitzung mit den Bundestags-
abgeordneten Ulrike Bahr (SPD) und Volker Ullrich (CSU)
zum Thema Rente**

Der Seniorenbeirat der Stadt Augsburg will es nicht mehr hinnehmen, dass Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet, aber im Niedriglohnbereich wenig verdient haben, als Rentner auf Grundsicherung angewiesen sind. Deshalb hat der Seniorenbeirat im vergangenen Jahr ein Positionspapier zur Ausgestaltung einer existenzsichernden Rente verabschiedet.

In einer Sondersitzung mit den Bundestagsabgeordneten Ulrike Bahr (SPD) und Volker Ullrich (CSU) hat sich jetzt der Seniorenbeirat mit seinen Reformvorschlägen auch in die bundespolitische Debatte zur Rentenform eingebracht. „Wir brauchen mehr als nur kosmetische Veränderungen“, beteuerte der Seniorenbeiratsvorsitzende Dr. Robert Sauter. Der Rentenbescheid dürfe nicht als Sozialhilfebescheid kommen. Der Seniorenbeirat spricht sich für das Modell einer „Mindest-Grundversorgung“ in Höhe des steuerlichen Existenzminimums - das lag 2016 bei 721 Euro – aus.

Kontakt für Rückfragen:
**Seniorenbeirat der Stadt
Augsburg**
Geschäftsstelle
Susanne Winter
Beim Rabenbad 5
86150 Augsburg
Tel. 0821 324 4325
seniorenbeirat@augzburg.de

Hinzu gerechnet werden selbst erworbene Rentenansprüche. Dass Altersarmut, insbesondere unter Frauen, vermieden werden muss, darin war sich Ulrike Bahr mit dem Seniorenbeirat einig. Die gesetzliche Rente, so sagte sie, solle weiterhin eine Hauptsäule bleiben. „Keinesfalls wollen wir die Lebensarbeitszeit erhöhen.“ Bahr stellte sich hinter den jüngsten Vorschlag von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil von einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung – bekannt geworden als „Respekt-Rente“, weil sie der Lebensarbeitsleistung des Einzelnen Rechnung tragen soll. Bei der Riesterrente, die sich als wenig rentabel herausgestellt habe, stehe die SPD für eine Vereinfachung des Verfahrens. Ulrike Bahr warb um Geduld im demokratischen Prozess. Bis März 2020, informierte sie das Gremium, wolle „eine hochkarätig besetzte Rentenkommission“ einen Bericht vorlegen.

Entschieden wies Volker Ullrich darauf hin, dass sich bei der Rente das bisherige umlagefinanzierte System bewährt habe. Was heißt: Diejenigen, die im Erwerbsleben stehen, tragen für diejenigen Sorge, die in Rente sind. Die gesetzliche Umlage, so Ullrich, habe bisher alle großen Krisen – etwa auf dem Kapitalmarkt – überstanden. Da aber aus niedrigen Löhnen keine große Rente zu erwarten sei, sei die Einführung eines Mindestlohns der richtige Weg gewesen. Was eine Grundrente angeht, sprach sich Volker Ullrich dafür aus, dass derjenige, der in seinem Leben gearbeitet hat, mehr Rente bekommen müsse als der, der dies nicht getan hat. Zum Thema Bedürftigkeitsprüfung traf Ullrich eine Unterscheidung: „Einkommensprüfung Ja, Vermögensprüfung Nein.“

Letzteres spiele beispielsweise bei Frauen mit einer kleinen Rente eine Rolle, die noch im eigenen Haus auf eigenem Grund leben. Ullrich: „Sie sind nur auf dem Papier vermögend.“ Grundsätzlich, so der Bundestagsabgeordnete, stehe für die Rente das zur Verfügung, was gesamtwirtschaftlich erarbeitet werde. Deshalb seien „Wissen, Bildung und zukunftsfähige Arbeitsplätze die beste Investition“.

Seniorenbeirat der Stadt Augsburg